



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 3 vom 9.2.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

- Müller-Thalheim/ Narin/ Steinbach: MO in der Flüchtlingsarbeit
- Rübke: Herausforderungen von Engagementnetzwerken
- Klein: Engagement als Lückenbüßer?
- Freiburger Thesen zu Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft
- Freise: Jenseits der Hierarchiekette

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Verschärfung des Vereinsrechts im Bundestag beschlossen
- Große Anfrage zum Gemeinnützigkeitsrecht im Bundestag debattiert
- Open Data Gesetz des Bundes: Regierungsentwurf
- Teilhabebericht der Bundesregierung
- Fake News und Social Bots: Öffentliche Anhörung im Bundestag
- Kleine Anfrage zu Gründungen von Sozialunternehmen beantwortet
- Korruptionswahrnehmungsindex 2016
- EU-Geldwäschegesetz und Transparenz
- Niedrigzinsen, Haftungsrisiken und Stiftungen
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 29. Sitzung

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Engagement älterer Menschen im ländlichen Raum: 2. Fachwerkstatt
- Mitglied des Monats: Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Berlin e.V.

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- »Transparenz und Rechenschaft«: Fortbildung
- 4. Bundeskongress für Zivilcourage
- Bildungsarbeit und Rechtspopulismus: Fachtag
- Freiwilligenkoordination in der Arbeit mit Geflüchteten
- Smart Hero Award 2017: Ausschreibung
- »Demokratie leben!«: Interessenbekundungsverfahren
- Fonds Soziokultur fördert Kulturprojekte
- Trends in der Arbeit deutscher NRO: Diskussionspapier
- »Patenschaften verbinden«: Publikation
- Fördertöpfe für Vereine und Förderpreise: Publikationen
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

Müller-Thalheim/ Narin/ Steinbach: MO in der Flüchtlingsarbeit

Die Tagung der Türkischen Gemeinde in Deutschland über Integration, Teilhabe und Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit im Dezember 2016 ist das Thema des gemeinsamen Berichts von Katrin Müller-Thalheim, Leiterin des Projektes »Heimat teilen - Teilhabe durch Orientierung« der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Ceren Narin, Koordinatorin des Projektes »Gemeinsam. Schaffen. Patenschaften für das WIR der Verschiedenen« der TGD, und Susanna Steinbach, Bundesgeschäftsführerin der TGD. Im Mittelpunkt der Tagung standen fünf überregionale, durch den Bund finanzierte Integrationsprojekte der TGD. Ihre Inhalte und die Diskussionen dazu werden ebenso dargestellt wie allgemeinere Debatten zur Engagementförderpolitik und Integration. Als Fazit stellen die Autorinnen fest: »Die Tagung hat auf beeindruckende Weise das Engagement von Migrant*innen und ihren Organisationen in der Arbeit mit Geflüchteten sichtbar werden lassen. Es wurde deutlich, dass Migrantenorganisationen längst als unverzichtbare Akteure bei der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft mitwirken.«

[Tagungsbericht von Katrin Müller-Thalheim, Ceren Narin und Susanna Steinbach](#)
(PDF, 240 kB)

[nach oben](#)

Röbke: Herausforderungen von Engagementnetzwerken

Eine Auseinandersetzung mit den Herausforderungen von Engagementnetzwerken ist das Thema des Beitrages von Dr. Thomas Röbke, geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V. und Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates. Aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet er Funktionsweisen, Beispiele und Bedeutung von Engagementnetzwerken. Dabei erläutert er die Vernetzungsstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements als einen Zusammenhang von ansonsten getrennten Netzwerkstrukturen: »Die hybride Struktur des Bürgerschaftlichen Engagements mag manchmal nervig sein, weil es sich nicht an Amtszuständigkeiten hält, aber es ist in seiner grenzüberschreitenden Art auch ungemein hilfreich, weil es sich nicht von Amtszuständigkeiten einschüchtern lässt.« Mit Blick auf dieses Phänomen setzt er sich detailliert mit den Freiwilligenagenturen als Netzwerkakteuren auseinander. Bei dem Beitrag handelt es sich um einen Vortrag, gehalten auf der Festveranstaltung 10 Jahre Lagfa Brandenburg in der Staatskanzlei Potsdam am 25. Januar 2017.

[Beitrag von Dr. Thomas Rübke](#) (PDF, 173 kB)

[nach oben](#)

Klein: Engagement als Lückenbüßer?

Bürgerschaftliches Engagement als Lückenbüßer für nicht mehr bezahlte hauptamtliche Arbeit ist das Thema des Gastbeitrages von PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE. Gegen einen instrumentellen Zugriff auf Engagement als billigere Lösung plädiert er für ein systematisches Freiwilligenmanagement und für die Anerkennung eines eigensinnigen Engagements und kritisiert die immer noch zu findende Wahrnehmung etwa des Bundesfreiwilligendienstes als »Ersatz des Ersatzdienstes«, die dessen Bedeutung und Aufgabe als zivilgesellschaftlicher Lerndienst offensichtlich missversteht: »Wenn das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt durch eine instrumentelle Sicht auf Engagement als Lückenbüßer und Quasi-Niedriglohn-Jobs geprägt wird, ist leider bereits so ziemlich alles schief gelaufen.«

[Beitrag von PD Dr. Ansgar Klein](#) (PDF, 163 kB)

[nach oben](#)

Freiburger Thesen zu Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft

Im Rahmen eines Projektes, betreut von Prof. Dr. Thomas Klie, Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) Freiburg, sind 2016 an der Evangelischen Hochschule im Studiengang Soziale Arbeit »Freiburger Thesen zu Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft« formuliert worden. In 11 Thesen werden darin die Herausforderungen und Herangehensweisen für das Feld der Sozialen Arbeit formuliert. Die ersten Thesen widmen sich grundsätzlichen Fragen und dem gesellschaftlichen Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen. Ab These 6 ist das spezielle Verhältnis von Sozialer Arbeit und Rechtsextremismus Thema der Thesen. So wird als 8. These formuliert: »Der Ansatz der akzeptierenden Jugend- und Sozialarbeit wird hinsichtlich der Begegnung mit rechtsextremen Personen auf die Probe gestellt. Es gilt die Grenzen, aber auch die Chancen des Ansatzes zu akzeptieren.«

[Freiburger Thesen zu Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft](#) (PDF, 66,7 kB)

[nach oben](#)

Freise: Jenseits der Hierarchiekette

Das in der Reihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« (Springer VS) neu erschienene Buch von Andrea Walter über »Administrative Governance. Kommunalverwaltung in lokaler Politikgestaltung mit Zivilgesellschaft« ist das

Thema der Rezension von Dr. Matthias Freise, Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. In der Publikation wird am Beispiel Münsters die Interaktion einer Kommunalverwaltung mit der lokalen Zivilgesellschaft analysiert. Freise würdigt besonders, dass die Studie erstmalig umfassend die Kommunalverwaltung und ihre Rolle als Governance-Akteur ins Zentrum der Analyse stelle: »Das Ergebnis ist ein beachtlicher Beitrag zur politikwissenschaftlichen Governance-Forschung, der sich aus dem Kontext des Fallbeispiels Münster lehrbuchartig auf andere deutsche Kommunen übertragen lässt.« Eine ausführliche Rezension wird in Kürze im Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Heft 2/2017) erscheinen.

[Rezension von Dr. Matthias Freise](#) (PDF, 148 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Verschärfung des Vereinsrechts im Bundestag beschlossen

Am 19. Januar 2017 hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition eine Verschärfung des Vereinsrechts beschlossen. Diese zielt insbesondere auf (kriminelle) Gangs und ihre identitätsstiftenden Kennzeichnungen. Mitglieder von Motorradgangs dürfen nun nicht mehr ihre typischen Kutten in der Öffentlichkeit tragen, wenn eine einzelne Abteilung ihres Vereins (Chapter) verboten ist. Hierfür wurde eine Änderung des Kennzeichenverbotes des § 9 Absatz 3 des Vereinsgesetzes (VereinsG) sowie der Strafvorschrift des § 20 Absatz 1 Satz 2 VereinsG beschlossen. Außerdem wurde noch mit Blick auf die EU-Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen vom 22. Oktober 2014 eine rechtliche Klarstellung beschlossen. Die Linke lehnte den Gesetzentwurf als Placebo ab, der zugleich friedliche Mitglieder von Clubs in Sippenhaft nehme, während Bündnis 90/Die Grünen sich enthielten, da sie zwar das Ziel teilten, aber den gewählten Ansatz für rechtlich zu unbestimmt mit unklaren Folgen ansehen.

[Weitere Informationen, Dokumente und Sitzungsverlauf](#)

[nach oben](#)

Große Anfrage zum Gemeinnützigkeitsrecht im Bundestag debattiert

Nachdem die Bundesregierung im September 2016 die Große Anfrage (18/8331) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/9573) zum Gemeinnützigkeits- und Vereinsrecht beantwortet hatte (BBE-Newsletter 19/2016), debattierte darüber der

Bundestag am 15. Dezember 2016. Diskutiert wurde eine halbe Stunde. Es sprachen MdB Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen), MdB Christian Freiherr von Stetten (CDU/CSU), MdB Ulla Jelpke (Die Linke), MdB Frank Junge (SPD), MdB Dr. Frank Steffel (CDU/CSU) und MdB Svenja Stadler (SPD). Das stenografische Protokoll liegt vor (S. 20935 ff.) und lässt unterschiedliche politische Herangehensweisen und Verständnisse zu bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft erkennen.

[Protokoll der 209. Sitzung des Deutschen Bundestags](#) (PDF, 2,6 MB)

[nach oben](#)

Open Data Gesetz des Bundes: Regierungsentwurf

Am 25. Januar 2017 hat die Bundesregierung ihren Open-Data-Gesetzesentwurf beschlossen, der jetzt in die gesetzgeberischen Verfahren geht. Mit dem Gesetz soll die Grundlage für die aktive Bereitstellung von Daten durch Bundesbehörden geschaffen werden, um Deutschland eine Vorreiterrolle bei Open Data zu verschaffen. Gegenüber dem Referentenentwurf von Dezember 2016 hat sich dieser nach einem Feedback durch erste Stellungnahmen deutlich verändert. Ein Rechtsanspruch auf offene Daten von unmittelbaren Bundesbehörden wird nicht formuliert. Umfänglicher und ausführlicher wurden jedoch die Ausnahmetatbestände, die die Behörden von einer Publikationspflicht auch auf Nachfrage entbinden. Die Open Knowledge Foundation (OKF) dokumentiert kritisch das Gesetzgebungsverfahren und hat u.a. einen Vergleich zwischen Referentenentwurf und Regierungsentwurf ins Netz gestellt. Arne Semsrott, Projektleiter OKF, warnt vor einem Bürokratiemonster und kritisiert: »Die Bundesregierung hat sich schon vor Jahren in der Digitalen Agenda zu offenem Regierungshandeln verpflichtet. Jetzt müssen die Ministerien endlich liefern: Sie müssen wichtige Daten für die ganze Gesellschaft als Open Data veröffentlichen.«

[Open-Data-Gesetz- und Referentenentwurf](#)

[nach oben](#)

Teilhabebericht der Bundesregierung

Am 25. Januar 2017 hat die Bundesregierung ihren »Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2016« als Unterrichtung offiziell mitgeteilt. Im Zentrum steht die Analyse der Teilhabe in acht verschiedenen Lebensbereichen, wie etwa »Alltägliche Lebensführung« oder »Freizeit, Kultur und Sport«. Jeder dieser Abschnitte wird vom wissenschaftlichen Beirat kommentiert. Der achte Abschnitt handelt von politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Hier wird auch das Thema Zivilgesellschaft und Ehrenamt explizit behandelt (S. 428 ff.), unter Bezugnahme auf das Sozioökonomische Panel. Der Freiwilligensurvey wird in einem Absatz zu »weiteren Daten zum zivilgesellschaftlichen Engagement« angeführt. Eingerahmt wird der

zentrale Teil zu den Lebensbereichen durch Erläuterungen zur Methodik, die Vorstellung von Grunddaten und einigen vertiefenden Fragestellungen, wie zum Beispiel zu Menschen mit Beeinträchtigungen mit Migrationshintergrund.

[Teilhabebericht der Bundesregierung](#) (PDF 5,9 MB)

[nach oben](#)

Fake News und Social Bots: Öffentliche Anhörung im Bundestag

Am 26. Januar 2017 widmete sich der Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestages mit einer öffentlichen Anhörung dem Thema Fake News und Social Bots in sozialen Medien. Als ExpertInnen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien standen Rede und Antwort: Prof. Simon Hegelich (Universität München), Professor Christian Stöcker (Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg), Markus Reuter (Redakteur bei netzpolitik.org), Daniel Fiene (Leiter redaktionelle Digitalstrategie der Rheinischen Post) und Christina Dinar (Amadeu Antonio Stiftung). Sie stellten unterschiedliche Facetten der Thematik dar, angefangen von einer Erläuterung von Social Bots (Hegelich) über eine Infragestellung des Begriffs Fake News (Fiene, Reuter, Stöcker) bis hin zu Medienbildung (alle), um Hate Speech zu bekämpfen und die Etablierung einer demokratischen digitalen Debattenkultur (Dinar). In einem waren sich alle ExpertInnen einig: in der Skepsis gegenüber regulatorischen Eingriffen seitens des Staates.

[Weitere Informationen, Protokoll und Aufzeichnung der Öffentlichen Anhörung](#)

[nach oben](#)

Kleine Anfrage zu Gründungen von Sozialunternehmen beantwortet

Mit Datum vom 19. Januar 2017 hat die Bundesregierung die Kleine Anfrage (18/10907) der Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantwortet (18/10720): »Gründungen von Sozialunternehmen aus Hochschulen«. Die insgesamt 32 Fragen lassen erkennen, dass die Bundesregierung in Verbindung mit anderen AkteurInnen bzw. in Förderprogrammen eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung von Sozialunternehmen durchführt. Die Fragen 12 und 13 führen direkt in engagementpolitische Themen, insbesondere zu den Feldern Service Learning, Kooperation von Zivilgesellschaft und Hochschulen und Citizen Science. Die Frage 22 richtet sich auf die angekündigte Entbürokratisierung, zu der ein Referentenentwurf in Abstimmung ist. Bei Frage 24 bzw. der Antwort geht es um Anreize, wie die Kooperation von Sozialunternehmern und Wohlfahrtsverbänden angeregt wird.

[Antwort der Bundesregierung](#) (PDF, 138 kB)

[nach oben](#)

Korruptionswahrnehmungsindex 2016

Transparency International hat am 25. Januar 2017 den Korruptionswahrnehmungsindex 2016 veröffentlicht. Der Index misst die in Wirtschaft, Politik und Verwaltung wahrgenommene Korruption auf der Grundlage verschiedener ExpertInnenbefragungen in gegenwärtig 176 Ländern. Deutschland liegt wie im Vorjahr mit 81 von 100 Punkten auf Rang 10, während fast 70 Prozent der Länder unter 50 Punkten bleiben, darunter aus Europa Rumänien mit 48 Punkten (Platz 57) und Italien mit 47 Punkten (Platz 60). Bemerkenswert sind die Fortschritte der Korruptionsbekämpfung in Georgien mit einem Punkteanstieg von 5 Punkten auf 57 Punkte (Platz 44 wie Lettland). Mit Blick auf Flüchtlingspolitiken sind auch die Schlusslichter interessant: Afghanistan liegt auf Platz 169 mit 15 Punkten, Libyen, Sudan und Jemen auf Platz 170 mit 14 Punkten. Für Deutschland weist Transparency sorgenvoll auf den Befund hin, dass Führungskräfte aus deutschen Unternehmen es als zunehmend normal wahrnehmen, dass »irreguläre Zahlungen« an Verwaltungen gemacht werden, um bestimmte Vorgänge zu beschleunigen oder erst möglich zu machen.

[Weitere Informationen und tabellarische Übersicht](#)

[nach oben](#)

EU-Geldwäschegesetz und Transparenz

Die 4. Geldwäsche-Richtlinie der EU-Kommission kann für die Vereine und Stiftungen einschneidende Änderungen zur Transparenz mit sich bringen. Im Entwurf des Bundesfinanzministeriums, der am 15. Dezember 2016 an Länder und Verbände versandt wurde, werden in § 1 Stiftungen und Vereine ausdrücklich als auskunftspflichtig erwähnt. Ein neues öffentliches Transparenzregister soll nach § 20 des Entwurfs von jedermann einsehbar sein. Über diesen Weg könnten künftig auch Vereine und Stiftungen zu mehr Transparenz gezwungen sein, worauf der Direktor des Maecenata Instituts, Dr. Rupert Graf Strachwitz, in einer Pressemitteilung vom 23. Januar 2017 hinweist: »Aber eines ist schon jetzt klar: wieder einmal kommt durch die EU ein Reformprozess in Gang, den Deutschland allein nicht geschafft hat.«

[Referentenentwurf](#)

[Pressemitteilung](#) (PDF, 71,8 kB)

[nach oben](#)

Niedrigzinsen, Haftungsrisiken und Stiftungen

Das Niedrigzinsumfeld macht es für viele Stiftungen zu einer besonderen Herausforderung, neben der Erfüllung der Stiftungszwecke auch das Vermögen dauerhaft und ungeschmälert zu erhalten. Das setzt das Handeln der verantwortlichen Stiftungsorgane vermehrt Haftungsrisiken aus und führt zu einer deutlich angestiegenen Auseinandersetzung mit dem Haftungsthema. Das ist ein Ergebnis einer Befragung beim Stiftungspanel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, die am 17. Januar 2017 veröffentlicht wurde. 85 Prozent der befragten Stiftungen ergreifen Maßnahmen zum Schutz vor Haftungsfällen; mit Haftungsfällen auseinandersetzen mussten sich 2,9 Prozent. 90 Prozent der Stiftungsvorstände sehen allerdings in Haftungsrisiken kein Hindernis für ihre Vorstandstätigkeit.

[Weitere Informationen zur Erhebung](#)

[nach oben](#)

Unterausschuss BE: Protokoll zur 29. Sitzung

Am 18. Januar 2017 fand die 29. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages in der 18. Legislaturperiode statt. Das Protokoll zur Sitzung liegt nun vor. Zentraler Tagungsordnungspunkt war ein Fachgespräch zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement und Internet/Soziale Medien« mit Julian Fischer von Wikimedia Deutschland, Carolin Silbernagl von »betterplace lab« und Dr. Mike Weber von Fraunhofer FOKUS.

[Kurzprotokoll der 29. Sitzung](#) (PDF, 7 MB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Engagement älterer Menschen im ländlichen Raum: 2. Fachwerkstatt

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros führt das BBE am 4. und 5. April 2017 eine zweite Fachwerkstatt zur »Entwicklung engagement- und demokratiestärkender Infrastrukturen für ländliche Regionen« durch, in deren Mittelpunkt die Frage nach den besonderen Herausforderungen demokratiestärkenden Engagements älterer Menschen im ländlichen Raum steht. PraktikerInnen aus unterschiedlichen Infrastrukturen sind eingeladen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen auszutauschen und Themen in verschiedenen Workshops vertiefend zu diskutieren. Anmeldefrist ist der 24. März 2017. Die Teilnahme ist kostenlos.

[Weitere Informationen zur 2. Fachwerkstatt](#)

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Berlin e.V.

»Wir helfen hier und jetzt«: unter diesem Motto engagieren sich mehr als 1.300 Menschen ehrenamtlich im Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Berlin. Vom Rettungs- und Sanitätsdienst über den Katastrophenschutz und die Flüchtlingshilfe bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe und zur Unterstützung von SeniorInnen reicht das breite Spektrum der Hilfen, die der ASB Berlin anbietet. Mit seinem Wasserrettungsdienst sorgt er für die Sicherheit auf den Berliner Gewässern, die Teams seiner Rettungshundestaffel helfen bei der Suche nach vermissten oder verschütteten Personen. Daneben bietet der ASB Berlin Ausbildungen im Bereich der Ersten Hilfe an, betreibt Unterkünfte für Geflüchtete und berät zu Schuldenprävention und Patientenverfügung. 2013 hat er die Stiftung »Pro Zukunft - ASB Berlin Stiftung« ins Leben gerufen. Sie fördert das bürgerschaftliche Engagement und die Arbeit des Landesverbands in allen Einsatzfeldern. Um neue Engagierte zu gewinnen, berät der ASB Landesverband Berlin Interessierte in seinem Engagementzentrum zu möglichen Einsatzbereichen und bietet Fortbildungen für freiwillige HelferInnen an. Das BBE unterstützt der Verband seit 2012.

[Weitere Informationen zum ASB Landesverband Berlin e.V.](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

»Transparenz und Rechenschaft«: Fortbildung

Was zeichnet einen guten Jahresbericht aus? Was möchten die LeserInnen über die Arbeit der Organisation wissen? Was müssen Organisationen offenlegen? Auf der Fortbildung »Transparenz und Rechenschaft: Was gehört in einen guten Jahresbericht?« am 24. Februar 2017 in Berlin sollen diese und andere Fragen beantwortet und die Teilnehmenden anhand von praxisnahen Beispielen in die Grundlagen der Jahresberichterstattung eingeführt werden. Die Veranstaltung orientiert sich dabei an den Regelwerken vom Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) und dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI). Die Fortbildung richtet sich an Personen, die in kleinen und mittelgroßen (bis ca. 5 Millionen Euro Jahresumsatz) gemeinnützigen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und in der humanitären Hilfe mit der Erstellung von Jahresberichten betraut sind. Anmeldefrist

ist der 15. Februar 2017. Die Teilnahme an der Fortbildung ist kostenlos.

[Weitere Informationen zur Fortbildung](#) (PDF, 381 kB)

[nach oben](#)

4. Bundeskongress für Zivilcourage

Am 24. und 25. März 2017 findet der 4. Bundeskongress für Zivilcourage unter dem Motto »BÜRGERMUT statt Bürgerwut« in Berlin statt. Der Kongress beschäftigt sich mit den Fragen: Welche Kompetenzen benötigen BürgerInnen jeden Alters im Alltag, um zivilcouragiert handeln zu können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen? Welche Bedingungen sind in Schulen, Behörden und Betrieben notwendig, um Menschen zu Zivilcourage und sicherem Handeln zu befähigen? Wie kann Radikalisierung, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung minimiert und gewaltfreie Kommunikation gefördert werden? RepräsentantInnen der Bereiche Bildung, Wissenschaft und Kultur treffen auf engagierte Personen aus gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen, auf Fachpersonal mit praktischer Expertise, Zivilcourage-TrainerInnen, AutorInnen und KünstlerInnen. Anmeldefrist ist der 28. Februar 2017. Das 2-Tages-Ticket kostet 85 Euro, ein Tagesticket 65 Euro. Der 4. Bundeskongress für Zivilcourage ist eine gemeinsame Veranstaltung der Giuseppe Marcone Stiftung in Berlin, des Bundesnetzwerk!Zivilcourage sowie das Koordinationsbüro Bremen »Tu was-Zeig Zivilcourage«.

[Weitere Informationen zum Bundeskongress](#)

[nach oben](#)

Bildungsarbeit und Rechtspopulismus: Fachtag

Was sind die Ursachen und Wirkungen für das Entstehen und Erstarren von Rechtspopulismus? Was kann Bildungsarbeit bewirken? Diese und weitere Fragen sollen auf dem Fachtag »Qualifiziert handeln! Bildungsarbeit und Rechtspopulismus« am 27. März 2017 in Frankfurt am Main im Rahmen einer Podiumsdiskussion, eines World Cafés und Praxisworkshops gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert werden. Die Fachtagung richtet sich an (ehemalige) Teilnehmende aus den drei Fortbildungsangeboten des Programms »Qualifiziert handeln« sowie an Interessierte. VeranstalterInnen sind die Bundeszentrale für politische Bildung, die Evangelischen Akademien in Deutschland und das DGB Bildungswerk.

[Weitere Informationen zum Fachtag](#)

[nach oben](#)

Freiwilligenkoordination in der Arbeit mit Geflüchteten

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin bietet die Akademie für Ehrenamtlichkeit (AfED) am 27. und 28. März 2017 den Basiskurs »Freiwilligenkoordination für Engagierte in der Arbeit mit Geflüchteten« an. Inhalte sind: Die bewusste Entscheidung der Organisation für den Einsatz oder die Entwicklung und den Ausbau von Freiwilligenarbeit; Freiwilligenarbeit planen, Engagementbereiche entdecken und Aufgabenprofile entwickeln; Freiwillige gewinnen, einführen, integrieren und halten sowie Tätigkeit von Freiwilligen anerkennen und würdigen. Die Veranstaltung richtet sich an Haupt- und Ehrenamtliche, die die Arbeit mit freiwillig Engagierten koordinieren bzw. aufbauen. Anmeldefrist ist der 6. März 2017. Die Kosten betragen 250 Euro für Hauptamtliche und 120 Euro für freiwillig Engagierte in der Arbeit mit Geflüchteten.

[Weitere Informationen zum Basiskurs](#)

[nach oben](#)

Smart Hero Award 2017: Ausschreibung

Unter dem Motto »Gesellschaftlicher Zusammenhalt« verleihen die Stiftung Digitale Chancen und Facebook Deutschland erneut den Smart Hero Award an Menschen und Organisationen, die ihr ehrenamtliches und soziales Engagement erfolgreich in und mit Social Media umsetzen. Der Smart Hero Award 2017 wird in den folgenden Kategorien vergeben: »Für eine offene und pluralistische Gesellschaft - Gegen Ausgrenzung« (Projekte und Initiativen, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen), »Stark sein, trotz ...« (Projekte und Initiativen, die sich für und mit Menschen mit Erkrankung, Behinderung und anderen Handicaps engagieren), »Einsatz für die Rechte von ...« (Projekte und Initiativen, die sich für die Rechte von bestimmten Gruppen einsetzen) sowie »Generationsübergreifendes Miteinander« (Projekte und Initiativen, bei denen sich junge Menschen für und mit älteren Menschen engagieren sowie solche, bei denen sich ältere BürgerInnen für und mit jungen Menschen engagieren). Die Ausschreibung richtet sich in diesem Jahr insbesondere auch an Kulturschaffende mit Bezug zum Schwerpunktthema »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«. Bewerbungsfrist ist der 12. März 2017.

[Weitere Informationen zum Smart Hero Award](#)

[nach oben](#)

»Demokratie leben!«: Interessenbekundungsverfahren

Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert Projekte, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren. Im Januar und Februar 2017 sind mehrere Interessenbekundungsverfahren angelaufen: Träger, die Modellvorhaben in

den Themenfeldern Rechtsextremismus, islamistische Orientierungen und Handlungen sowie Linke Militanz durchführen wollen, können bis zum 17. März 2017 ihre Interessenbekundung für eine Förderung im Programmbereich »Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention« einreichen. Nichtstaatliche, bundesweit aktive Organisationen können bis zum 10. März 2017 ihre Interessenbekundung für eine Förderung im Programmbereich »Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger« einreichen. Bis zum 24. März 2017 findet außerdem ein Interessenbekundungsverfahren für die Förderung von Maßnahmen der »Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe« statt.

[Weitere Informationen zu den Interessenbekundungsverfahren](#)

[nach oben](#)

Fonds Soziokultur fördert Kulturprojekte

Seit 1988 fördert der Fonds Soziokultur e.V. Projekte, in denen Menschen zur aktiven Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermutigt werden. Die Projekte sollen Modellcharakter haben und für andere soziokulturelle Initiativen und Einrichtungen qualitative Maßstäbe setzen. Die Haushaltsmittel werden von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bereitgestellt. Im März dieses Jahres gibt es eine neue Chance für Aktive in der Soziokultur. Dann schreibt der Fonds die Mittel für Projekte aus, die im zweiten Halbjahr 2017 beginnen oder realisiert werden. Stichtag zur Abgabe der Anträge ist der 2. Mai 2017.

[Weitere Informationen zum Fonds Soziokultur](#)

[nach oben](#)

Trends in der Arbeit deutscher NRO: Diskussionspapier

Im Juli 2016 hat VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe) 25 GeschäftsführerInnen sowie Programmverantwortliche aus ausgewählten Mitgliedsorganisationen nach aktuellen Herausforderungen in der Programmarbeit befragt. Aus den Antworten lassen sich fünf Trends für die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) ausmachen: »Shrinking Spaces - Partner im Süden unter Druck«, »Die politische Arbeit der NRO im Süden stärken«, »Neue Aufgaben, neue Finanzierungsmodelle«, »Kooperationen mit der Privatwirtschaft« sowie »Verstärkt in Krisenregionen an der Seite der Menschen«. Das Diskussionspapier »Politischer, flexibler, krisenfester - Fünf Trends in der Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen« stellt die Trends dar und verweist auf damit zusammenhängende Chancen sowie eventuelle Schwierigkeiten.

[Diskussionspapier](#) (PDF, 1 MB)

[nach oben](#)

»Patenschaften verbinden«: Publikation

Seit Anfang des Jahres 2016 unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Vermittlung von Patenschaften mit dem Programm »Menschen stärken Menschen«. Ziel ist die Förderung persönlicher Begegnungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten. Im Laufe des Jahres 2016 haben sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), die Initiative Bürgerstiftungen (IBS) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) regelmäßig getroffen, um sich fachlich zu Fragen der Umsetzung des Programms auszutauschen. Wie konnte eine große Zahl von Patenschaften in kurzer Zeit gestiftet werden? Was können Freiwillige für vielfach belastete Menschen leisten, was nicht? Welche bewährten Praktiken waren anzuwenden, was musste neu entwickelt werden? Die Broschüre »Patenschaften verbinden - Erfahrungen von Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen mit dem Programm »Menschen stärken Menschen««, herausgegeben von der bagfa in Kooperation mit der Initiative Bürgerstiftungen und der BaS, zieht eine erste Bilanz und gibt Einblick in die Erfahrungen vor Ort.

[Weitere Informationen und Download der Broschüre](#)

[nach oben](#)

Fördertöpfe für Vereine und Förderpreise: Publikationen

Das praxisorientierte Nachschlagewerk »Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen« richtet sich an alle Gruppen und Initiativen, die nach neuen Finanzierungswegen zur Verwirklichung ihrer Projektideen suchen. Die überarbeitete und erweiterte Auflage portraitiert mehr als 410 Stiftungen und Förderquellen und bietet Tipps zu Möglichkeiten der Förderung in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Umwelt, Soziales, Migration, Antifaschismus, Inklusion, Wohnen, Kultur, Queer Leben und Entwicklungspolitik. Neben Daten wie Adresse und Förderzwecke gibt die Broschüre Hinweise zu den einzelnen Antragsbedingungen. Ergänzend zu dieser Broschüre portraitiert die Publikation »Schwein gehabt - Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten« mehr als 175 landes- und bundesweit ausgeschriebene Förderpreise und Wettbewerbe für zivilgesellschaftliche, soziale und nachhaltige Projekte. In beiden Broschüren hilft ein Schlagwortregister bei der Suche nach geeigneten Förderungen und Förderpreisen. Herausgeber ist das Netzwerk Selbsthilfe e.V.

[Weitere Informationen zu den Broschüren](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Die SV gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik mbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für den Bereich ZiviZ - Zivilgesellschaft in Zahlen eine/n wissenschaftliche/n ReferentIn in Berlin in Vollzeit. Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet, eine Option auf Verlängerung besteht.

Die Beratungsstelle des Rom e.V. in Köln sucht ab dem 1. April 2017 oder später eine Fachkraft (SozialpädagogIn/SozialarbeiterIn). Die Wochenarbeitszeit beträgt 39 Stunden. Die Vergütung erfolgt angelehnt an TVÖD.

Die Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (AfED) sucht ab Februar/ März, auch später mit flexiblem Beginn, Praktikantinnen oder Praktikanten für die Geschäftsstelle in Berlin. Das Praktikum dauert 3 Monate. Die Arbeitszeit beträgt 40 Std./ Woche. In besonderen Fällen können Dauer und Stundenumfang auch individuell vereinbart werden.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 23. Februar 2017.

Redaktionsschluss ist der 15. Februar 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen

Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend